

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Präsident Harding gestorben.

Calvin Coolidge sein Nachfolger.

New York, 3. August. (WTB.) Präsident Harding ist heute nacht gestorben.

San Franzisko, 3. August. (WTB.) Der Tod des Präsidenten Harding ist ohne vorangegangene Anzeichen eingetreten, während er sich mit Familienangehörigen unterhielt. Die Ärzte nehmen Schlaganfall als Todesursache an.

Warren S. Harding war am 2. November 1920 von den republikanischen Wahlmännern zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Sein Sieg bedeutete die Rückkehr der republikanischen Partei zur Macht und die Katastrophe der von seinem Amtsvorgänger Wilson unglücklich geführten demokratischen Partei. Jetzt geht sein Amt bis zum Ablauf der vierjährigen Amtsperiode auf den Vizepräsidenten Calvin Coolidge über.

Harding, der im Jahre 1865 geboren war, hatte seine Laufbahn als Volontär an einem kleinen Blatt in Marion (Ohio) begonnen, dessen Besitzer er später wurde. In undramatischem Aufstieg wurde er, ein treuer und disziplinierter Anhänger der republikanischen Partei, i. J. 1904 Vizegouverneur des Staates Ohio, 1914 Senator in Washington, und erreichte dann sechs Jahre später das höchste Staatsamt. Gegenüber dem flackernden Idealismus Wilsons erschien er als die Verkörperung der vollkommen schlichten und praktischen Nüchternheit. Gerade das aber war — nach der tragischen Wilson-Epoche — den Amerikanern recht.

Im Gegensatz zu Wilson, der sich durchaus als Führerpersönlichkeit fühlte und dem man oft seine autokratischen Mährchen vorwarf, erschien Harding als ein streng konstitutioneller Präsident, der für sein politisches Hervortreten stets bei seinem Staatssekretär des Neuhern, Hughes, und beim Senat Beratung suchte. Entsprechend der im Volk herrschenden Stimmung der Europamüdigkeit wurde seine Regierungszeit zu einer Zeit fortwährender Entfremdung von allen Händeln der Alten Welt. Solange in Amerika die Geschäfte schlecht gingen, gab es immer noch eine Bewegung, die für die Wiederherstellung der europäischen Mächte durch eine vernünftige Politik eintrat. Seit dem Eintritt einer günstigen Wirtschaftslage jedoch gewann die Gleichgültigkeit allen europäischen Angelegenheiten gegenüber die Oberhand.

Für Deutschland hat der verstorbene Präsident nur einmal eine große Rolle gespielt, allerdings eine vollkommen negative. Im April 1921 wurde er von der Regierung Fehrenbach-Simons als Schiedsrichter in der Reparationsfrage angerufen. Harding aber tat nichts dergleichen und es folgte das Londoner Ultimatum. Eine andere Stellungnahme war von ihm angesichts der damaligen Stimmung des amerikanischen Volkes nicht zu erwarten, sie entsprang aber sicher nicht einer unfreundlichen Stimmung gegenüber Deutschland; denn es ist noch in Erinnerung, daß er beim Jahreswechsel 1921-22 ein Glückwunsch-Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert sandte, dessen besondere Herzlichkeit für die deutsche Republik angenehm auffiel.

Die hauptsächlichste Tat des amerikanischen Staatsoberhauptes auf dem Gebiete der internationalen Politik war die Einberufung der Washingtoner Abrüstungskonferenz, die gegen Ende des Jahres 1921 stattfand. Sie bildete einen Versuch, das Schwerkgewicht der Weltpolitik von Europa nach dem Fernen Osten zu verlegen, für den Amerika durch den Besitz der Philippinen-Inseln und durch seine ausgedehnten Wirtschaftsbeziehungen in Japan und China weit mehr Interesse befaßte, als für das „Lolthaus“, als das jenseits des Ozeans Europa nicht ganz zu Unrecht angesehen wird. Die Konferenz von Washington war zunächst ein großer moralischer Sieg für ihre Einberufer. Ihre materiellen Konsequenzen scheinen allerdings nicht den Erwartungen entsprochen zu haben, obwohl sie sich letzten Endes nur mit den maritimen Rüstungen befaßte. Wohl sind im Verfolg der Washingtoner Beschlüsse einige alte Panzerschiffe abgetakelt worden und die Inangriffnahme einzelner geplanter Neubauten vorläufig unterblieben, aber schon legt sich England in Singapore eine neue mächtige Flottenbasis an, die von der britischen Arbeiterpartei als der Keim künftiger Kriege angesehen und bekämpft wird. Unter den europäischen Staaten haben insbesondere Frankreich und Italien die Washingtoner Beschlüsse erst vor ganz kurzer Zeit endgültig und sehr widerwillig ratifiziert. Für Deutschland als war die Konferenz von Washington insofern ein Gewinn, als die an Obstruktion grenzende Haltung Frankreichs mit einem Schlage dem amerikanischen Volke die Augen über die Gefahr des französischen Militarismus und Imperialismus öffnete.

Indessen war Harding als Parteimann unter bestimmten Parolen gewählt worden, und da die Hauptparole der Republikaner gegen die Demokraten lautete „Los vom Wilsonschen Völkerbundschwindel!“, was in den Augen der meisten Amerikaner mit „Los von Europa!“ gleichbedeutend war, hatte der Präsident gewissermaßen eine gebundene Marschroute. Sein Staatssekretär des Auswärtigen Hughes hat deshalb nur mit der größten Vorsicht Stimmung für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Schiedsgerichtshof gemacht, aber trotz seiner Beteuerungen, daß diese Institution nichts mit dem Völkerbund zu tun hat, fehlt es nicht an unentwegten Europaseindern unter den Re-

publikanern, die auch diesen vorsichtigen Schritt entschieden bekämpfen.

Die letzten Wahlen zum amerikanischen Kongreß (Senat und Abgeordnetenhaus) haben allerdings eine deutliche Abkehr der Wählerschaft von der republikanischen Politik und ein überraschend starkes und schnelles Wiederaufkommen der Demokraten gezeigt. Nur dürften die Gründe dieses Stimmungswechsels vorwiegend amerikanischer Natur sein. Mit einem merklichen Umschwung in der Völkerbundfrage ist kaum zu rechnen. Wichtiger als die europäischen Probleme erscheint dem Durchschnittsamerikaner die ihm näherliegende mexikanische Frage, und wichtiger als das mexikanische Problem ist die ihm am nächsten liegende Frage, ob das Alkoholverbot aufrechterhalten, gemildert oder abgeschafft werden soll. Um diese letzte Frage dürfte sich die neue Präsidentenwahl hauptsächlich drehen.

Da der Tod Hardings allen Leuten überraschend gekommen ist, haben sich die amerikanischen Parteien mit der Frage der kommenden Wahlen noch nicht befaßt. Wohl war man im republikanischen Lager schon längst allgemein der Auffassung, daß eine erneute Kandidatur Hardings nicht in Frage kam, da er, bei aller korrekten Gewissenhaftigkeit der Amtsführung, nicht die nötige Autorität und Popularität besaß, um dem zu erwartenden schweren demokratischen Ansturm siegreich zu begegnen. Aber ein bestimmter Name war bisher weder bei der einen noch bei der anderen Partei in den Vordergrund geschoben worden. Bismehr ist man seit längerer Zeit in beiden Lagern auf der Suche nach einem geeigneten Mann, und es ist neuerdings sogar der Plan der Gründung einer dritten Partei aufgetaucht, die sowohl Demokraten wie Republikaner und die junge, rasch emporstrebende, sozialistisch angehauchte „Farmer- und Arbeiterpartei“ umschließen würde.

Ob dieser Plan verwirklicht und wie weit er gelingen wird, das ist die große Frage, die durch den plötzlichen Tod Hardings akut geworden ist. Die nächste Präsidentenwahl wird sich weniger nach klarumschriebenen Programmen vollziehen, da es z. B. „Trodene“ und „Rasse“ in jeder Partei gibt, als um bestimmte Namen drehen. Gelingt es irgendeiner Partei, nach der auch im politischen Sinne allzu nächsten Ära Hardings einen Mann mit starker Autorität und Volkstümlichkeit ausfindig zu machen, dann ist dessen Wahl so gut wie gesichert. Und dann wird unter diesem Namen Amerika den Rückweg nach Europa antreten können, der ihm unter dem Durchschnittspräsidenten Harding verschlossen blieb.

Präsident Harding ist den Strapazen der Wahl-tournee erlegen, was seinem Amtsnachfolger Wilson bekanntlich beinahe auch passiert wäre, da die amerikanischen Agitationsreisen außerordentlich aufreibend sind. Das Ableben des Präsidenten ist der erste Fall eines natürlichen Todes eines amerikanischen Präsidenten während der Amtsperiode. Sobald der Tod offiziell bekanntgegeben ist, wird der Reichsaussenminister in der amerikanischen Botschaft vorpreschen, um das Beileid der deutschen Regierung auszudrücken. Das Botschafterpalais am Wilhelmplatz hat bereits halbmaß gestolzt. Auch das Auswärtige Amt wird für einen Tag halbmaß schlagen. Die amerikanische Kolonie in Berlin wird eine größere Trauerfeier veranstalten, zu der auch der Botschafter, der augenblicklich in Baden-Baden weilt, nach Berlin zurückkehren wird.

Die Rechtslage beim Ableben eines amerikanischen Präsidenten ist im § 8 des Art. 2 der Verfassung der Vereinigten Staaten festgesetzt. Danach gehen die Pflichten des Präsidenten automatisch auf den Vizepräsidenten über. Falls dieser auch ausfällt, hat der Kongreß das Recht, aus dem Kabinett einen Minister mit der Wahrnehmung der Präsidentenpflichten zu betrauen bis zum Erscheinen der Amtsperiode. Danach wird der jetzige Vizepräsident Coolidge die Geschäfte bis zum 4. März 1925 führen, wo der aus den am ersten Dienstag des November 1924 stattfindenden Wahlen hervorgegangene neue Präsident sein Amt antreten wird.

### Devisenkurse unverändert.

Der Tod des Präsidenten Harding wirkt auf die Börse ziemlich überraschend. Es machte sich infolgedessen eine gewisse Unsicherheit bemerkbar, da man sich über die politische Persönlichkeit des Nachfolgers noch nicht ganz im klaren ist. Die Goldanteile der Reichsregierung übt keinen nennenswerten Einfluss auf die Börse aus. Ebenso machte sich keine Nachwirkung der gestrigen Diskonterhöhung bemerkbar. Die Zurückhaltung an der Börse wird noch verstärkt durch den am Montag wieder eingeführten Freiverkehr der Devisen. Man berät zurzeit noch, inwieweit man die Zulassung zum Handel mit Devisen beschränkt. Die Tendenz am Effektenmarkt war ebenfalls sehr uneinheitlich.

Der Zinsfuß der Darlehenklassen beträgt vom 2. August ab bis auf weiteres allgemein: für Vorzugsdarlehen 30%, für Darlehen gegen Verpfändung festverzinslicher Wertpapiere einhalb, der unverzinslichen Schatzanweisungen 31 Proz. und für Darlehen gegen Verpfändung von Aktien u. dgl. sowie von Waren 32 Proz.

### Antwort.

Von Friedrich Stampfer.

Als Verfasser des Artikels über die „Arbeiterregierung“, dessen „Fortsetzung“ Genosse Crispian hier veröffentlicht hat, möchte ich zunächst zum Ausdruck bringen, daß mir der Standpunkt des Genossen Crispian mutiger und konsequenter erscheint, als die Auffassung jener Genossen, die den Sturz der Regierung Cuno und danach bei der folgenden Regierungsbildung die grundsätzliche Abstinenz der Partei fordern.

Jene Genossen meinen, wenn wir die Regierung Cuno nicht stürzen, übernehmen wir die Verantwortung für ihren weiteren Bestand. Da wir diese Verantwortung nicht übernehmen könnten, müßten wir Cuno eben stürzen.

Das läßt sich hören, aber wenn wir Cuno stürzen, so ist unsere verantwortliche Aufgabe damit nicht erschöpft. Wir tragen auch Verantwortung für das, was dann kommt.

Eine schlechte Regierung stürzen hat nur dann Zweck, wenn man sie durch eine bessere ersetzt. Kommt dieselbe Marke nach oder womöglich eine noch schlechtere, dann war die ganze Anstrengung überflüssig und schädlich.

Genosse Crispian sieht das offenbar ein. Da er sich aber von einer Koalitionsregierung keine Beförderung verspricht, kommt er zu dem Vorschlag, daß eine sozialdemokratische Regierung gebildet werden soll, die den Reichstag auflöst und Neuwahlen vornimmt.

Ein Wort zur Koalitionspolitik. Ich kenne keinen Genossen, der aus Prinzip oder Begeisterung Koalitionspolitik irgendwelcher Art treiben will. Es gibt nur Genossen — und zu denen zähle ich auch —, die die Koalitionspolitik unter gewissen Umständen für das kleinere Übel halten, während sie für andere immer das größere ist.

Daß der Entschluß, eine neue Koalition einzugehen, nicht leicht ist, daß ihm starke Bedenken gegenüberstehen, daß ein Teil der Genossen im Lande von dem Gedanken an eine „große Koalition“ geradezu entsetzt ist, all das ist auch mir und denen, die so denken wie ich, nicht unbekannt. Gerade darum sind wir auf den Sturz Cunos gar nicht so sehr erpicht, weil wir der Partei eine solche Belastungsprobe so lange wie möglich ersparen wollen.

Aber wenn Genosse Crispian die unüberwindliche Abneigung der Massen gegen jede Koalitionspolitik für eine gegebene Tatsache hält, so irrt er. Die Tätigkeit Severings, die auf dem Boden einer Koalition, und sogar der „großen“, ausgeübt wird, findet bei den Massen allgemeine Anerkennung. Für bürgerliche Koalitionsminister im Reich, wie Birtz und Rathenau, herrschte zeitweilig geradezu Begeisterung. Daß Minister, die aus dem bürgerlichen Lager kamen, sich den Auffassungen der Partei so weit nähern konnte, erregte Stolz und Zuversicht in die Kraft der Sozialdemokratischen Partei.

Birtz und Rathenau waren, gerade in ihren besten Zeiten, undenkbar als deutsche Minister ohne die Unterstützung der Sozialdemokratie, das heißt ohne Koalitionspolitik.

Jetzt ist eine rein bürgerliche Regierung am Werk. Es wird allgemein zugegeben werden, daß sie sich von den Koalitionsregierungen, in denen die Sozialdemokraten saßen, nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil unterscheidet. Wer behauptet, daß die Regierung Cuno die schlechteste ist, die die Republik je gehabt hat, gibt zu, daß die Koalitionsregierungen immerhin besser waren.

In Preußen hatten wir erst Koalition, dann die Ära Stegerwald. Um diese zu beenden, überwand man die Abneigung gegen die große Koalition. Und wo ist heute der sozialdemokratische Arbeiter, der sich von Braun und Severing zu Stegerwald und Dominicus zurücksehnt?

Dies alles sei angeführt, nicht um die Koalitionspolitik zu verherrlichen, sondern nur um zu zeigen, daß man in ihrer Beurteilung eben auch nicht übertreiben soll. Daß die Massen jede Koalitionspolitik unbedingt und unter allen Umständen ablehnen, ist nicht richtig. Und daß die Arbeit unserer Genossen in der Koalition in allen Fällen wertlos war und ist, ist auch nicht richtig. Solche Übertreibungen halten der ruhigen Ueberlegung nicht stand.

Richtig ist dagegen, daß die Partei tüchtig zu tun haben wird, um zu erreichen, daß eine Koalitionsregierung im Reich etwas besseres wird als eine Fortsetzung der Cuno-Regierung. Nur wenn Garantien dafür gegeben werden, daß wir wirklich etwas zu sagen haben und wirklich etwas durchsetzen können, ist eine neue Koalition möglich, ob sie „klein“ oder „groß“ ist, bleibt dann allerdings gleichgültig.

Ich kenne viele Genossen aus den Betrieben, die heute sagen: „Wenn Ihr nur dadurch die Cuno-Regierung beseitigen und nur dadurch verhindern könnt, daß ihr eine ebenso schlechte nachfolgt, dann geht in Gottes Namen in die große Koalition. Aber seht Euch vor, haltet die Augen auf, laßt Euch nicht an die Hand drücken. Und schickt dazu die richtigen Leute hinein!“ Das scheint mir eine sehr volkstümliche, sehr vernünftige und dem praktischen Klassenverständnis der Arbeiter entsprechende Auffassung.

Nur zur sozialdemokratischen Regierung, wie Genosse Crispian sie vor schlägt. Ich glaube, Genosse Crispian übersieht, daß die sozialdemokratische Regierung, bevor sie den Reichstag auflöst, erst ernannt sein muß. Der Reichspräsident kann aber in normaler Ausübung seiner Funktionen nur dann eine Regierung ernennen, wenn er annimmt, daß sie das Vertrauen des Reichstags finden wird.

Allerdings kann der Reichspräsident nach Art. 25 den Reichstag auflösen. Er hat aber sehr gute Gründe, das zurzeit nicht zu tun. Denn Wahlen sind bei dem gegenwärtigen traurigen Zustand des Reichs kaum durchführbar.

und ein Anlaß zu vermuten, daß in der Wählerschaft ein starker Umschwung eingetreten sei, liegt auch nicht vor.

Gesetzt aber den Fall, die Wahlen würden durchgeführt und ergäben keine sozialdemokratische Mehrheit — was doch das wahrscheinliche Resultat ist — stünden wir nachher genau da, wie zuvor.

Wie man die Dinge dreht und wendet, man kommt doch immer zu dem gleichen Ergebnis. Entweder wir müssen die Regierung Cuno weiter wursteln lassen, oder wir müssen bereit sein, eine Regierung, die uns besser gefällt, positiv, das heißt durch Teilnahme an der Verantwortung, zu unterstützen.

Auch mir wäre es lieber, wenn es anders wäre. Aber ich sehe, daß es so ist!

Interessant ist übrigens, daß selbst die Sonderbündler von Weimar die Koalitionspolitik nicht mehr grundsätzlich, sondern nur zeitweilig ablehnen. Sie erklären unter Punkt 5:

„Ablehnung jeder Koalition, solange nicht die Partei durch eine klare, selbständige, proletarische Politik sich die Macht sichergestellt hat, die ihr das Übergewicht in jeder Koalition sichert.“

Nun, wenn sich die Massen verständlich und entschlossen hinter die sozialdemokratischen Koalitionsminister stellen, um ihnen durchzugehen zu helfen, was durchgeführt werden muß, geht es vielleicht auch schon jetzt!

## Kadef — Reventlow.

### Die kommunistisch-völkische Verbrüderung.

Das Schäferspiel zwischen den Völkischen und den Kommunisten geht fort. Nachdem Graf Reventlow als Mitarbeiter der „Roten Fahne“ dem Kommunisten versichert hat, daß kein Völkischer an die Wiederherstellung der früheren Zustände in Deutschland denke, also von vornherein um gut Weiter gebeten hat, kommt heute Paul Frölich ihm liebevoll entgegen. Frölich bestreitet, daß die Kommunisten jemals „ausgesprochen vehement antideutsch und antinational“ gewesen seien: „Wir streuen nicht die Notwendigkeit nationaler Verteidigung dort, wo sie auf der Tagesordnung steht.“ Zum Beweis führt Frölich sogar Rosa Luxemburg an, die in ihrer Junius-Broschüre bestätigt, daß „es sich wirklich um die Existenz der Nation handelt“, auch der Kampf mit dem Vorbeissen in Kauf genommen werden müsse. Damit Reventlow diese Art nationaler Gesinnung der Kommunisten auch ja begreife, versichert Frölich in bezug auf den Ruhrkampf: „Wir haben die Arbeiterschaft stets im passiven Widerstand ermutigt und gestützt vom ersten Tage der Ruhrbesetzung an.“

Und schließlich zieht er die Konsequenz:

„Wer vom Klasseninteresse der Arbeiter ausgeht wie wir, dem erwächst die Aufgabe der Rettung der Nation. Wer vom nationalen Interesse ausgeht, muß sich mit dem kämpfenden Proletariat verbünden.“

Wenn diese Sätze in einem sozialdemokratischen Blatte ständen, würde die ganze kommunistische Presse und alle Wanderredner der KPD. landauf landab schreien, das sei die Sprache der Stinnes-Partei, die Proletarier hätten kein Vaterland, keine Nation. Die Sozialdemokratie bekunde, daß sie unheilbar in den Maschen nationalistischer Redensarten verstrickt sei.

Jetzt, da das alles im Zentralorgan der Moskowiter steht, ist es höherer Klassenkampf. Die Welt dreht sich, wird aber augenscheinlich nicht gescheiter.

Wenn man die Bruderküsse zwischen Kadef-Reventlow-Frölich voll begreifen will, muß man sich erinnern, daß Graf E. Reventlow nicht ein harmloser und weltfremder Ideologe ist, bei dem es sich lohnte, ihn in andere Gedankengänge einzuweihen. Dieser Graf E. Reventlow war lange Jahre Redakteur der agrarbündlerischen „Deutschen Tageszeitung“ und schon vor dem Kriege als einer der bösartigsten Scharfmacher gegen die Arbeiterbewegung bekannt. Kriegsbeher und

U-Boot-Apostel in Reinkultur! Jetzt ist er Mitarbeiter der „Roten Fahne“. Bald wird er sich wohl „mit dem kämpfenden Proletariat verbünden“, da er ja „vom nationalen Interesse ausgeht“.

## Wilhelm Jansson.

Soeben erhalten wir die schmerzliche Nachricht, daß unser Genosse und Mitkämpfer Wilhelm Jansson in Schweden verstorben ist. Jansson hat sich vor allem in der deutschen wie in der internationalen Gewerkschaftsbewegung einen hochgeachteten Namen erworben. Am 29. Mai 1877 in Stockholm geboren, wurde er Gärtner und kam im Jahre 1886 nach Deutschland, wo er sogleich in der Hamburger Gärtnerorganisation lebhafte Tätigkeit wahrte. Er wurde dort Vorsitzender der Ortsverwaltung, 1897 Mitglied des Verbandsausschusses, 1902 Mitglied des Hauptverbandes und Redakteur des Fachblattes.

Seine gute Kenntnis der skandinavischen Sprachen stellte er seit dem Jahre 1900 der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Anknüpfung internationaler Beziehungen zur Verfügung. Ihm besonders ist die enge Verbindung zwischen der deutschen und den nordischen Gewerkschaftszentralen zu danken. Seit 1902 hat er an allen internationalen Konferenzen und Kongressen, sei es als Berichtgeber oder Uebersetzer, teilgenommen. Seit 1900 war er ständiger Mitarbeiter des Korrespondenzblattes der Generalkommission, in deren Redaktion er im Jahre 1905 eintrat und bis Ende 1919 verblieb. Während des Weltkrieges war Jansson unausgesetzt tätig, um durch seine skandinavischen Verbindungen für die Erleichterung der Lage der deutschen Arbeiterschaft zu wirken. In besonderer Weise nahm er sich aber der Förderung der Friedensbestrebungen an.

Zweifellos hat der Krieg die erste Grundlage für seine schwere Krankheit geschaffen, die seine so eiserne Kraft seit Jahren untergrub. Im Jahre 1919 legten die schwedischen Genossen die Anstellung von Sozialattachés bei den Landesgesundheitsämtern ihrer Regierung durch und schlugen Jansson als erste und berufenste Kraft vor. Jansson folgte diesem Rufe und schied damit aus seiner mehr als zwanzigjährigen Gewerkschaftstätigkeit aus, um der Arbeiterschaft Schwedens und Deutschlands auf diesem neuen Posten zu nützen. Von Anbeginn waren seinem Wirkungskreis neben Deutschland auch die Länder der ehemals österreichischen Monarchie, sowie Polen und die Schweiz zugeeilt. Später wurde der Attache-Stab eingeschränkt und ihm weitere Gebiete übertragen. Seine Aufgabe war die Sammlung und Verarbeitung sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Materialien aus den betreffenden Ländern für die schwedische Regierung und Öffentlichkeit, und die Tatsache, daß man seinen Wirkungskreis nicht abbaute, sondern vergrößerte, beweist allein, wie hoch seine Arbeitskraft in seinem Lande geschätzt wurde.

Nun ist er im Alter von 46 Jahren seinem Leiden, einer Bluterkrankung, erlegen. Eine Frau und fünf Kinder trauern an seiner Bahre. In der internationalen Gewerkschaftsbewegung aber wird man seiner als eines der fähigsten Vertreter der deutschen und der skandinavischen Arbeiterschaft immerdar gedenken.

## Zum Hochseefischerstreik.

Die Hamburger Verhandlungen zur Beilegung des Hochseefischerstreiks haben bekanntlich zu einem neuen Schiedsspruch geführt, der von einer Kürzung der prozentualen Fängebeteiligung der Mannschaft absieht und nur für die kleineren Nordseefahrten die Befähigung um einen Mann vermindert. Der Schiedsspruch ist von den Reedern, dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer und ebenso vom Verband der Kapitane angenommen worden. Abgelehnt wurde er vom Verkehrsbund. Der Streik ist also zur Stunde noch nicht beigelegt. Auf Antrag der Arbeitgeber soll nun der Schiedsspruch für verbindlich erklärt werden. Die Verhandlungen hierfür sind vom Reichsarbeitsministerium auf morgen, Sonnabend, 10 Uhr angelegt.

Das Reichsernährungsministerium, das an den Einigungsverhandlungen sich beteiligt hatte, würde eine rasche Beendigung des Streiks sehr begrüßen, weil die großen Heringsfänge des

Monats August vor der Tür stehen. Nach Meldungen aus England stehen in der Nordsee bereits ungeheure Heringsfischschwärme und die ganzen englischen Fischplätze sind mit Heringen geradezu überschwemmt.

## Die neuen Reichsdöhne und Gehälter.

Die gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsbeamten, angestellten und -arbeitern haben zu folgendem Ergebnis geführt: In Ostloste A soll der Stundenlohn ohne Ortszuschläge für den Handwerker für die zweite Augustwoche 48 000 M., für den ungelerneten Arbeiter 45 000 M. betragen. Der Leuerungszuschlag für die Bezüge der Reichsbeamten und -angestellten wird auf 1760 v. H. ab 1. August festgesetzt. Die Frauenzulage beträgt von diesem Zeitpunkt ab monatlich 1 000 000 M., die Befähigungszulage monatlich 650 000 M.

## Die französische Antwort.

Paris, 3. August. (Cca.) Gestern abend wurde hier folgende offizielle Mitteilung durch Havas verbreitet: Nachdem die englische Regierung die Note veröffentlicht hat, die sie am 20. Juli an die französische und belgische Regierung gerichtet hat und es sich vorbehalt, binnen kurzem die Dokumente zu veröffentlichen, die eingehend ihre Ansicht darstellten, wird in folgendem eine Zusammenfassung der französischen Antwort

geben, die letzten Montag Lord Curzon übermittelt worden ist.

Zunächst erklärt die französische Regierung sich in dieser Note geneigt, bereits jetzt mit der englischen Regierung die deutschen Vorschläge vom 7. Juni zu prüfen. Aber sie sieht sich verpflichtet, festzustellen, daß diese Vorschläge nicht die Verpflichtung umfassen, den passiven Widerstand einzustellen, durch den das Reich seit sechs Monaten die Ausführung des Friedensvertrages verhindert hat. Sie hat nach bestem Wissen und Gewissen die verschiedenen Fragen beantwortet, die die englische Regierung ihr gestellt hat. Wenn diese ihr weitere Fragen zu stellen hat, dann ist die französische Regierung bereit, ihr neue Antworten zu geben. Aber sie erinnert daran, daß Frankreich und Belgien nach vierjährigem Warten und Versuchen, nach Ultimaten, die keinen Erfolg hatten, nach Konferenzen, die die englische Regierung vorgeschlagen hat und deren Beschlüsse nicht ausgeführt wurden, Frankreich und Belgien

die Ruhr nicht räumen können.

es sei denn nach Maßgabe der von der deutschen Regierung ausgeführten Zahlungen.

Hinsichtlich des passiven Widerstandes führt die Note aus, daß, wenn Deutschland diesen einstellt, Frankreich

die Ruhrbesetzung in der Weise abändern

wird, als sie mit der Sicherheit der Truppen und der Ingenieure sowie mit der Beibehaltung des Pflandes vereinbar sind.

Als Frankreich die Ruhr besetzte, wollte es in Deutschland den Willen zum Zahlen schaffen. Es hat die U-branzugung, daß, wenn die englische Regierung bereit ist, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß sie eine Politik mißbilligt, die Deutschland ruiniert und droht, Europa zu ruinieren, alles sofort wieder zu Ordnung zurückzuführen würde. Die französische Regierung ist mit der englischen Regierung darin einig, daß sie glaubt, Deutschland müsse seinen Kredit wiederherstellen, seine Währung stabilisieren, seinen Staatshaushalt ausgleichen und seine Produktion heben. Diesen Rat haben die Alliierten Deutschland bereits 1920 gegeben. Aber alle diese Bemühungen waren vergeblich. Der augenblickliche Zusammenbruch Deutschlands ist nicht das Werk der Ruhrbesetzung, sondern des Reiches selbst.

Hinsichtlich des englischen Vorschlages, durch die Alliierten einen vollkommenen Plan für eine allgemeine und endgültige Regelung ausarbeiten zu lassen, möchte die französische Regierung wissen, ob hierin die Frage der interalliierten Schulden einbezogen ist. Hinsichtlich der Befreiung der deutschen Zahlungsfähigkeit fragt die französische Regierung, warum eine solche von irgendeinem Sachverständigenausschuß geführte Berechnung genauer sein sollte als diejenige, die im Jahre 1921 gemacht wurde, und warum die heute festgesetzte Ziffer noch in zehn oder fünfzehn Jahren richtig sein sollte. Die Zahlungsfähigkeit eines Staates ist äußerst veränderlich. Nach dem Art. 234 des

## „Ohne Gehör zu finden“.

Von Hans Seggrimm.

Neulich sah ich an einer Straßenecke eine Frau stehen. Die bettelt nicht etwa, weil auch dazu eine gewisse Aktivität, eine gewisse Energie gehört, die sie nicht hatte, sondern stand nur einfach da, suchte etwas vor sich hin und streckte die Hand aus. Sie hatte irgend etwas an, das kein Varieté-Komiker im Grottesk trägt, und fand, wie ich sie gerade anblickte, bei den vorübertrübenden Leuten kein Gehör.

Am Abend dieses Tages las ich in der Handelszeitung einen Bericht vom Baumwollmarkt: Die Ernteausichten in Ägypten und Kalifornien sind die denkbar günstigsten. New York eröffnete mit starker Baisse. Die Angebote überstürzten sich, ohne Gehör zu finden.

Es ist keine gar so funkelnde neue Weisheit mehr, daß Wohlgehen und Hungerleiden auf dieser menschlichen Welt merkwürdig verteilt sind, aber über diese allgemeine Kenntnis hinaus hatte meine Vorstellungskraft bei dem Begriffe des nicht gefundenen Gehörs ein und zog die gerade Verbindungslinie. Ich sah das lebendig vor mir, wie die ägyptischen und kalifornischen Pflanze sich im Angebot überstürzten, wie sie entgegenkamen, wie sie um Abnahme bettelten. Umsonst. Die Ernteausichten waren denkbar günstig. Diese vermaledeiten günstigen Ernteausichten, die das ganze Geschäft verderben. Sie verschlossen das Gehör, sie ließen auf taube Ohren stoßen. Es war ein Kreuz mit diesen günstigen Ernteausichten, ein harter Schlag, der die Larme vermießen mußte.

Solch ein Pflanze, wenn er heut an der Frau in den zumwanzigstoppelten Hodersehen vorübergegangen wäre: der hätte ihr gewiß auch kein Gehör geschenkt, seiner schlechten Stimmung wegen, die er hatte, weil ihm heute, der denkbar günstigen Ernteausichten wegen, kein Gehör geschenkt worden war.

In diesem Augenblicke wären die beiden dann in einem gewissen Sinne Schicksalsgenossen gewesen. Die Zerlumpte, die sich keinen neuen Fäden auf ihr Kleid anschaffen, und der Pflanze, der die Ueberfülle des Reichtums dazu nicht an den Mann bringen konnte. Die Umwelt schenkte ihnen beiden kein Gehör.

Vielleicht müssen nun die Baumwollfelder in Ägypten und Kalifornien verkaufen. Ihr Pech, daß die Ernteausichten so denkbar günstig sind. Die Haderen auf dem Körper der Frau sind schon lange verkauft.

So können sie nicht zusammenkommen, die Frau und die Baumwolle. Sie finden den Weg nicht zueinander. Die Welt schenkt ihnen kein Gehör.

Die Welt, deren weiße Einrichtung zu verstehen die alte Frau hoffentlich in Ewigkeit zu lächeln bleiben wird.

Neues zur Vererbungfrage. Die Vererbungsfrage hat sich in ihren neuesten Forschungen vor allem mit dem Begriff der „erworbenen Eigenschaften“ beschäftigt. Nicht alle Bestandteile des Körpers sind ja von gleich hoher Bedeutung für die Vererbung; viele sind unwesentlich, und gewöhnliche Verformungen z. B. vererben sich niemals. Als die wichtigsten Träger der Vererbung hat man die Chromosomen in den Keimzellen erkannt. Infolgedessen kann sich im allgemeinen nur „Angeborenes“ vererben, und immer klarer tritt zutage, daß das meiste beim Menschen auf der Vererbung angeborener Anlagen beruht, sehr viel weniger auf Erziehung. Jedoch hat man durch Tierversuche, wie Prof. B. Franz in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ ausführt, gezeigt, daß äußere Einflüsse bis zu einem gewissen Grade den Körper erblich verändern. So ruft z. B. die Farbe der Umwelt beim Feuerfahnenmännchen und bei manchen Schmetterlingspuppen, wie dem Kohlweißling, gleichsinnige Färbung der Tierhaut hervor, und die Färbung kehrt in den folgenden Generationen wieder, vererbt sich bei Fortwirkung der äußeren Ursache und klingt bei ihrem Fortfall allmählich ab. Diese Einwirkung der Vererbung kann aber nicht auf die Chromosomen zurückgeführt werden und stellt daher eine Vererbung erworbener Eigenschaften dar. Durch die Chromosomen kann aber auch, wenn in ihrem Bestand eine Veränderung eintritt, Veränderung einer Organismenart hervorgerufen werden. Dies ist von dem amerikanischen Forscher Morgan an der amerikanischen Fruchtfliege in vielen Fällen gezeigt worden. Diese Veränderungen sind meist ungewöhnliche Eigenschaften, die auch in der Natur der Ausmerzung verfallen, wie z. B. Flügelverlust. Man kann sich aber an diesem Beispiel klar machen, wie sich flügellose Insekten heranzüchten konnten, wenn sie in Höhlen oder auf sturmbrausen Eismeerinseln wohnen, wo sie die Flügel nicht brauchen. Störungen des Chromosomenbestandes und damit zugleich erbliche Veränderungen sind auch durch Radiumbestrahlung hervorgerufen worden. Hier zeigt sich also ebenfalls eine Vererbung von Erworbenem, die durch die Chromosomen bedingt ist. Dadurch eröffnet sich ein neuer Ausblick für die Vererbungsfrage beim Menschen, denn bei ihm können ja auch Chromosomenveränderungen durch äußere Einflüsse veranlaßt und diese erworbenen Eigenschaften dann vererbt werden. Eine Verbesserung der Chromosomen mag beim Menschen sehr schwer sein; Schädigungen aber erfolgen zweifellos, so durch Klimawechsel. So entarben Familien nordischer Rasse in den Tropen gewöhnlich schon nach wenigen Generationen. Besonders dürfte nach neuesten Studien an Kaninchen und vielen Versuchen an Menschen der Alkoholmißbrauch die Chromosomen schädigen und in der Vererbung Folgeerscheinungen aufweisen, wie Schwachsinn, Epilepsie und Mißbildungen.

Weshalb Schallapin in Sowjetrußland angl. Schallapin, der weltberühmte russische Bassist, der soeben von seiner amerikanischen Tournee zurückgekehrt ist, hat einem Interviewer die Gründe dargelegt, die ihn bestimmten, auch während des bolschewistischen Umsturzes in Rußland zu bleiben und an der Leitung der Theater tätigen Anteil zu nehmen. „Ich hatte das Gefühl“, erklärte der Sänger, daß ich so handeln müsse, weil ich nur durch meine Gegenwart das Theater vor dem Zusammenbruch bewahren und damit

meinen minder begünstigten Kollegen die Möglichkeit bieten konnte, ihr Leben zu fristen. Als Sohn eines „Musikis“ erfreute ich mich, das darf ich ohne Unbescheidenheit sagen, in ganz Rußland einer unbegrenzten Volkstümlichkeit, und mein Beispiel mußte deshalb auf alle ermutigend und beruhigend wirken. Das ist der Grund, weshalb ich während der ganzen Revolutionszeit meine Kunst ausgeübt habe. Ich habe umsonst oder, wenn Sie lieber wollen, für ein Butterbrot gesungen. Aber welche Erinnerungen und Eindrücke haben mir diese Opernabende verschafft! Ich habe in der kaiserlichen Loge des Petersburger Theaters amies, in Lumpen gekleidetes Volk sitzen sehen. Die Leute hörten mühselig, in heiserer Ekstase zu und sahen, den Kopf auf die Brust gelegt, mit großen, starren Augen auf die Bühne. Vom Boden bis zum Dach war das Gedächtnis zum Brechen voll, und ein wahrer Volkssturm begeisterter Menschen ließ das Haus erschüttern.“ Ueber die politische Lage schwieg sich Schallapin vollständig aus.

Disposition zum Selbstmord. Die kurze, dafür aber um so heitere diesjährige Hundstagsperiode hat eine bemerkenswerte Steigerung der Selbstmorde zur Folge gehabt, deren Zahl sich im 19. Jahrhundert in steigender Richtung bewegte, während des Weltkrieges eine wesentliche Minderung erfuhr, und die sich seither auf steigendem Niveau hielt. Die Selbstmord-epidemie grassiert besonders stark in Frankreich und hier insbesondere wieder im nördlichen Teil. Es folgen der Zahl nach Deutschland, Schweden und Dänemark, während der Selbstmord in England, Norwegen und Holland sowie im Südosten Europas minder häufig auftritt. Das Land, das sich des Vorzuges der geringsten Disposition für den Selbstmord erfreut, scheint Irland zu sein. Im Orient sind Chinesen und Japaner eher geneigt, sich freiwillig das Leben zu nehmen als die fatalistischen Inder. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß Individuen, die aus Mischungen verschiedener Rassen stammen, eher zum Selbstmord neigen als die Abstammlinge reiner Rassen. Auch die Auswanderer stellen ein erhebliches Kontingent zum Haer der Selbstmörder. So ist die Zahl der Selbstmorde bei den Eingewanderten in New York erheblich größer als bei ihren in der Heimat geborenen Landsleuten.

„Matfowsky-Bühne“ heißt ein neuer Verein. Er will in der kommenden Spielzeit seinen Mitgliedern einzelne Sonderveranstaltungen bieten, die in die Serien-Spielpläne der selten Theater nicht aufgenommen werden. Den Vorschlag hat Prof. Hans Bötzig übernommen.

Ein Defabriken-Denkmal in Petersburg. Im Jahre 1923, zum hundertsten Jahrestage der Einrichtung der Defabriken, wird auf der Weggelände der Peter-Pauls-Festung bei Petersburg, auf der historischsten Höhe der Defabriten, ein Denkmal errichtet werden, für das die Sowjetregierung soeben einen Preisbewerbgeläht.

Der kommunistische Samowar. Die berühmte Samowar-Fabrik von Zala hat, wie der Di-Gruch meldet, einen eigens für die kommunistische Partei Deutschlands zum Geschenk bestimmten Samowar hergestellt. Auf dem besonders kunstvoll ausgestatteten Samowar sind die Bildnisse Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs eingraviert.

Friedensvertrages hat die Reparationskommission die Aufgabe, von Zeit zu Zeit die Einnahmequellen und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen. Im übrigen darf man nicht hoffen, jemals eine Zahl festzusetzen, die die deutsche Regierung gerecht und ihrer Zahlungsfähigkeit entsprechend finden würde.

Um die Zahlungsfähigkeit festzusetzen, schlägt die englische Regierung vor, die Ansicht unparteiischer Sachverständiger einzuholen, deren Zahl und Nationalität sie nicht näher angibt. Die französische Regierung dürfte sie, zu sagen, welches in diesem Falle die Beziehungen der Sachverständigen zu der durch den Friedensvertrag geschaffenen Kommission sein werden, welches fernerhin der Charakter ihres Urteils sein werde, wie und durch wen würden die Sachverständigen ausgewählt werden, durch die Deutschen, durch die Reparationskommission, durch die Alliierten, durch die Afrikaner oder durch die Neutralen. Die französische Regierung würde natürlich glücklich sein, wenn amerikanische Delegierte sich mehr an der Diskussion der Reparationskommission beteiligen würden.

### Das Echo in England.

London, 3. August. (W.B.) Zu der gestrigen ministeriellen Erklärung schreibt "Times" in einem Leitartikel, es sei nicht richtig, daß die Erklärung keinen Schritt vorwärts bedeute. Blüht der Regierung sei es gewesen, nachdem sie erkannt habe, daß von geheimen Verhandlungen keine Einigung zu erhoffen sei, ihre Stellungnahme dem englischen Volk und der Welt darzulegen. Diese Erklärung sei eine neue Tatsache, welche die englische Initiative unterliege und den Gang der künftigen Verhandlungen weitgehend beeinflussen werde. Das englische Volk werde mit Erstaunen erfahren, daß die französische und die belgische Regierung in ihren Antworten den britischen Antwortentwurf an Deutschland nicht einmal erwähnt haben, trotzdem die britische Regierung darin die ernste Verantwortung auf sich genommen habe, der deutschen Regierung die Einstellung des passiven Widerstandes anzuraten. Der Versuch, ein einseitiges alliiertes Vorgehen zustande zu bringen, sei bisher erfolglos geblieben, aber die Verhandlungen seien nicht abgebrochen, und die Hoffnung brauche noch nicht aufgegeben zu werden, daß die gestrige Erklärung und die starke Bewegung der öffentlichen Meinung, die sie hervorgerufen müsse, sich als wichtige Faktoren bei der Vorbereitung einer einhelligeren Regelung erweisen werden.

An anderer Stelle schreibt "Times", der Premierminister habe, ohne sich in übertriebenen Wendungen zu ergehen, der Welt klar gemacht, daß England entschlossen sei, eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu erreichen. Die Erklärung sei sozugenommen eine John-Bull-Rede und habe deutlich zum Ausdruck gebracht.

### Daß England ebenso dringend wie Frankreich angemessene Reparationen von Deutschland wünsch.

Sie hätte keine bittere Note gegenüber den Alliierten, wäre aber gleichzeitig ernst gehalten und stelle eine Warnung dar, die Frankreich nicht außer acht lassen sollte.

"Daily Telegraph" sagt, bei erster Prüfung könne die Regierungserklärung den Eindruck erwecken, daß sie die Angelegenheit nicht weiter bringe. Der Premierminister erkläre nur, daß er den Rotenwechsel zu veröffentlichen beabsichtige. Aber der Ton seiner kurzen und vorsichtigen Erwähnung des Meinungsaustausches sei bemerkenswert pessimistisch gewesen, und man könne zwischen den Zeilen den Entschluß erkennen, den Dingen nicht weiter ihren freien Lauf zu lassen. Daß Poincaré nur seine Vorwürfe gegen Deutschland wiederhole, es aber vermieden habe, einen praktischen oder vernünftigen Alternativplan vorzubringen, sei die bedauerliche Tatsache, die nicht länger bemängelt oder wegerklärt werden könne. Im wesentlichen habe die Erklärung bedeutet, daß England nicht imstande sei, die Franzosen in der Reparationsfrage zu überzeugen, und daß es auf eigene Rechnung handeln müsse, aber zu einem besseren Zweck, als es Frankreich vor sieben Monaten getan habe.

Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" schreibt, die Regierungserklärung habe die Veröffentlichung der Dokumente angekündigt, die einen kraftvollen Appell an das Weltgewissen bedeuten werde. Die Ansicht verschiedener Alliierten (die italienische Note sei gestern in London eingegangen, und ein Telegramm aus Tokio dränge eine zustimmende Erklärung der japanischen Regierung an), der Vereinigten Staaten und der neutralen Welt sei kaum zweifelhaft; die letzten Reueferungen der skandinavischen Presse stellen eine bedeutende Unterstützung der englischen Politik in Aussicht. Ueberall werde die Bereitwilligkeit, mit der die englische Regierung sich bemüht habe, ein Uebereinkommen mit Frankreich zu erreichen, geschätzt werden, und diese Wertschätzung werde noch zunehmen, wenn der unangenehme Ton der französischen Regierung entfällt werde. Die öffentliche Meinung der Welt werde auch verstehen, worum die englische Regierung habe ansetzen müssen, daß England leidet.

### Die Grenzen der Jugendländerei erreicht

Wenn die Alliierten mit England zusammengehen wollten, werde ihre Mitarbeit begrüßt werden. Aber es sei jetzt ihre Sache, die notwendigen Schritte hierzu zu unternehmen, dann aber auf anderer Grundlage. Die englische Regierung werde sich auch in Zukunft das Recht vorbehalten, ihre Mitteilungen sofort nach Uebereinkunft zu veröffentlichen. Die englischen Politiker könnten jetzt ruhig das Urteil der Welt über ihre Politik abwarten. Dabei handele es sich nur um ein paar Tage. Danach werde sich die Regierung zu entscheiden haben, ob sie sich für eine internationale Sachverständigenkommission und für Einberufung einer internationalen Konferenz für europäischen Wiederaufbau erkläre oder ob sie sich an den Völkerbund wenden solle. Das erstere Verfahren würde vorzuziehen sein, denn ein Appell an den Völkerbund könne leicht zur Auflösung des letzteren führen.

Die hochkonservative "Morning Post" schreibt, es könne nicht gesagt werden, daß zwischen England und Frankreich Uneinigkeit bestehe, wie noch nie seit dem Abschluß der Entente; aber in den nächsten Wochen oder Monaten werde sich vielleicht eine Annäherung bieten. Auf die Dauer könnten weder England noch Frankreich allein stehen. Vorläufig habe Frankreich ein großes Unternehmen begonnen, und vielleicht würde es am besten für England sein, es gewähren zu lassen und beiseite zu stehen. Die gestrige Debatte werde Frankreich vielleicht enttäuscht haben, sicher habe sie Deutschland nicht ermutigt.

### Die Vorgänge in Oberhausen.

Essen, 3. August. (W.B.) Wie das "Ruhr-Echo" zu den Vorgängen in Oberhausen berichtet, sollen von den Arbeitern drei getötet und achtzehn schwer verletzt und viele leicht verletzt worden sein.

Der Holländer Remons, welcher seit dem 17. März d. J. von den Franzosen im Ruhrgebiet festgehalten worden war, ist aus der Gefangenschaft entlassen und wieder in Holland eingetroffen. Der "Boorwaarts" wünscht ihm von Herzen Glück, daß er endlich der Macht der französischen Ueberwältiger im Ruhrgebiet entkommen sei. Es fand weiter ein offizieller Empfang Remons auf dem Bureau des Zentralen Bundes für Transportarbeiter in Rotterdam statt, auf dem der Vorsitzende dieses Bundes, Brautigam, ihm den Dank für seine Tapferkeit im Ruhrgebiet aussprach. Von der Internationale der Transportarbeiter wurde dem Zurückgekehrten eine Uhr mit Inschrift "als Beweis der Anerkennung und Dankbarkeit des internationalen Transportproletariats" überreicht.

### Devisen unverändert.

## Wilder Streik bei der Hochbahn.

Nach Schluß des Blattes meldet die "Egypth-Correspondenz":

Heute morgen trat das Personal der Werkstätten und Kraftwerke der Hoch- und Untergrundbahn in einen wilden Streik. Der Grund hierfür ist die Nichtbewilligung einer sofortigen Vorschuhzahlung, die die Arbeiter in einer Höhe von 600 000 Mark verlangten, nachdem sie gestern bereits einen Vorschuh von 300 000 M. und heute ihren Lohn ausgezahlt erhielten. Die Direktion beabsichtigte, den Vorschuh am Dienstag kommender Woche auszuzahlen, eine Entschädigung, die von den Arbeitern abgelehnt wurde. Die Nord-Südbahn sowie die Wilmersdorfer und Schöneberger Untergrundbahn sind im Betrieb, da sie von eigenen Kraftwerken beliefert werden.

## Der Zahlenreigen.

Es hatte in früheren Zeiten immer einen gewissen Reiz, auf irgendeiner Berliner Straße stehen zu bleiben und ein paar Stücke Gesprächsthema von den vielen, die vorbeistarteten und vorbeistuteten, aufzusaugen. Ein paar Worte, ein paar Fehlen waren es nur, und doch formte sich daraus ein Stück Berliner Leben mit seinen Freuden, seinen Leiden und Kämpfen. Für den, der zu hören und zu denken verstand, baute sich aus diesen paar Brocken der Erzählung ein ganzes Stück Berlin gemissermaßen auf. Man sah auf diese Weise nicht nur in die Häuser, sondern auch in die Herzen der Menschen Berlins.

Und heute? Dieses Studium, an irgendeiner verkehrsreichen Straßenecke, neben einer Litschkäule, oder beim angeblichen Studium eines Schaufensters angestellt, ist gewiß noch immer lehrreich und lohnend, aber traurig zugleich. Man hört heute überhaupt nur Zahlen nennen, alle Gedanken, alle Gespräche beherrscht die Zahl. Da hört man: "Mein Gott, 80 000 M., das kann ja gar nicht sein..."; oder: "95 000 M. wollte er haben, so viel hatte ich nicht bei mir"; oder: "Das sind ja 40 000 M. mehr als gestern"; oder: "Fünfzigtausend Mark! Nein, dann kann ich mir überhaupt nichts kaufen." So geht es an einem vorbei in langem, traurigen Reigen. Immer nur Zahlen, Zahlen und Zahlen. Es macht auch gar keinen Unterschied, wer da spricht, wen man für Sekunden beaufsichtigt: Alt und jung, die verhärmt und durch die wilden Preise verängstigte Hausfrau ebenso wie das junge Mädchen oder der junge Mann, die von irgendeinem Vergnügen, irgendeiner Freude Abstand nehmen müssen, weil der Preis dafür für sie unerschwinglich ist.

Es ist gleichsam so, als ob die Zahl, das ewige Denken an die Zahl und die Preise alle anderen Ideen und Gedanken aus dem Gehirn herausgerissen hat, als ob nur Rechenmaschinen über die Straßen wandeln. Gewiß ist die Leuerung furchtbar und für viele Tausende bis zur Verzweiflung unerträglich, gewiß ist die materielle Not des Volkes, das kaum das Notwendigste zum Lebensunterhalt kaufen kann, eine Last, unter der viele erliegen. Und doch! Daß diese harten, häßlichen Zeiten aus fast allen Menschen Rechenmaschinen gemacht haben, ist vielleicht das Bedrückendste und Traurigste.

## Der gute Tip.

### Eine Pförtnerfrau, die Einbrecher ins Haus läßt.

Eine siebenköpfige Einbrecher- und Heberbande wurde von der Kriminalpolizei in Lichtenberg erklart und hinter Schloß und Riegel gesetzt. Bei einem Kaufmann in der Müllendorffstraße 93, der mit seiner Familie verheiratet war, wurde ein großer Einbruch verübt, als er gerade auf einen Log zurückgekehrt und abends ausgegangen war. Der Verdacht, ihre Hand im Spiel gehabt zu haben, fiel alsbald auf die Pförtnerin des Hauses, eine Frau Horn. Er beschloß sich auch in dem vollen Umfang, und die Ermittlungen der Kriminalpolizei brachte eine überraschende Aufklärung.

In dem Hause wohnt auch ein kleiner Hagarrenfabrikant Hermann Siwert, der ein offenes Ladengeschäft betreibt. Zu ihm kam eines Tages Frau Horn und klagte ihm über die schlechten Zeiten und ihre Not. Siwert erwiderte, dem Uebel sei abzuwehren. Er habe ein paar Jungens an der Hand, und wenn Frau Horn einmal einen guten Tip finde, so sollte sie ihm nur Bescheid sagen. Die Pförtnerin suchte nicht erst lange nach einem Tip, machte vielmehr Siwert gleich auf den Kaufmann im Hause aufmerksam, der ja mit seiner Familie im Bad weile. Unvergüßlich bestellte Frau Siwert auf den Abend einen Willi M. aus der Rigart Straße zu sich, einen wegen Diebstahls und Einbruchs schon wiederholt bestrafte Menschen. Siwert stellte ihn der Pförtnerin als geeigneten Mann vor und M. ging weg, um noch ein paar Mann zu holen. Nach Eintritt der Dunkelheit kam M. richtig mit zwei Mann wieder, und klopfte bei der Pförtnerin an. Diese reichte ihm den Haus Schlüssel hinaus und sofort ging die Kasse an die Arbeit. Ueberall räumte sie in der Wohnung des Kaufmanns gründlich auf und die Beute brachte sie zu Siwert in die Wohnung. Der wartete mit seinem Freunde, einem anderen Einbrecher, auf M. und seine Helfershelfer. Als sie mit der Beute kamen, machte sich Frau Siwert gleich an die Sechtung, während der Einbrecher beim Verteilen half. Frau Siwert aber nahm gleich den Löwenanteil zu sich, namentlich die Bäsche, die ihr besonders gefiel. Die ganze Beute wurde verpackt und dem Kriminalkommissar Dr. Knuschauf vorgeführt, dem sie unter der Last des Beweismaterials auch ein Geständnis ablegte. Eine Hausdurchsuchung bei Siwert förderte noch einen Teil der Beute sofort zutage. Andere Sachen waren in der Küche unter den Dielen versteckt, weitere im Keller. Die ganze Gesellschaft wurde von der Kriminalpolizei heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Fettwucher im Großen.

Im Einverständnis mit dem Bacherom wurde bei dem Händler Karl Hüttig in Alt-Oienle, Berberstraße 3, von der Polizei eine Durchsuchung der Geschäftsräume vorgenommen. Der Verdacht der wucherischen Warenzurückhaltung besitzigte sich. Man fand in einem Keller 3 Zentner Schmalz in Fässern, 23 Kubel Margarine zu je 30 Pfund und 1 1/2 Kisten Bratenfett. Diese Vorräte haben bei Hüttig nach seiner Angabe schon vier Monate für den Kaufmann Waldemar Jech in Lichtenberg, Lessingstraße, gelagert. Hieron will er am 1. August nur 1 1/2 Zentner gekauft haben. Er verkaufte am gleichen Tage auf dem Wochenmarkt das Pfund Margarine für 180 000 M., während auf einer vorgefundenen Rechnung der Pfundpreis mit 185 000 M. angegeben war. Ein- und Verkaufsbücher waren nicht vorhanden, so daß auch der Verdacht der Steuerhinterziehung vorliegt. Die Ware wurde beschlagnahmt, der Keller versiegelt.

## Ein Raubmord in Neu-Ruppin aufgeklärt.

In ihrer Wohnung besinnungslos aufgefunden wurde anfangs Juli d. J. in Neu-Ruppin die Witwe Kuphal, die ein Kolonialwarengeschäft betrieb. Sie war so schwer verletzt, daß sie wenige Stunden später starb. Zwei junge Burshen waren in der Nacht bei ihr eingedrungen, hatten sie niedergeschlagen und 60 000 M. Lores Geld und Lebensmittel geraubt. Dem Raubdezernat Werneburg der hiesigen Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, den Haupttäter zu ermitteln, festzunehmen und so zu überführen, daß er ein Geständnis ablegte. Es ist ein Wilhelm Gürtel aus Neu-Ruppin, der im Anfang der zwanziger Jahre (steht aus Neu-Ruppin stamm) und sich wohnungslos in Berlin aufhält. Auch ein zweiter Mann, mit dem Gürtel eine zeitlang auf der Wanderschaft gewesen ist, und eine Frieda Sch., wurden verhaftet.

Diese beiden leugnen noch. Wie weit sie an der Tat beteiligt sind, steht noch nicht fest. Die Untersuchung über ihre Mittäterschaft ist noch nicht abgeschlossen.

## Gas-Selbstmord eines Gelehrten.

### Die Retter wurden durch eine Explosion schwer verletzt.

Am Donnerstag abend gegen 8 1/2 Uhr beging der 60 Jahre alte Professor Dr. Kurt Kint, Rustermarkt-Dyrog, in dem Laboratorium im Hause Viktoriastraße 57 Selbstmord, indem er sich mit Gas vergiftete. Infolge des intensiven Geruches begaben sich vier Personen, der Schlichter Max Heidenel, dessen Gesele Artur Behner, eine Frau Emma Krebs und der Schlosser Ernst Zapfenreith mit einer brennenden Lampe in die Räume. Infolge der außerordentlichen Gasmenge erfolgte eine Explosion, so daß alle vier Personen mehr oder weniger erhebliche Brandwunden im Gesicht, an den Händen und am Oberkörper erlitten. Die Flammen ergriffen die Einrichtung des Raumes, so daß die Feuerwehre alarmiert werden mußte. Was den Gelehrten in den Tod getrieben hat, ist noch nicht festgestellt.

## Ein Wannenbad 30 000 Mark.

Der Ausschuss zur Festsetzung der Bäderpreise hat in der Sitzung am 30. Juli 1923 folgende erneute Festsetzung getroffen: Infolge weiterer Steigerung der Leuerungsziffer seit der letzten Preisfestsetzung um rund 438 Proz. werden die Benutzunggebühren in den folgenden Bädern ab dem 1. August 1923 ab wie folgt festgesetzt: Vom 1. August 1923 ab bis 5. August 1923: Ein Wannenbad 30 000 M., ein Brausebad für Erwachsene 13 000 M., für Studierende, Pflichtfortbildungsschüler und Schüler höherer Lehranstalten 7500 M., für Kinder 4000 M., ein Schwimmbad für Erwachsene 20 000 M., für Studierende usw. 12 000 M., für Kinder 6000 M., für Schulkinder bei Klassenweisem Besuch 2000 M. In den Nebenabenden der Schwimmvereine zahlen Erwachsene über 18 Jahre 12 000 M., Jugendliche bis zu 18 Jahren 9000 M., Kinder bis zu 14 Jahren 5000 M. Schwimmhallen: miete der Schwimmhallen: Sonnabends große Halle 1 500 000 M., kleine Halle 1 250 000 M., Sonntags große Halle 5 000 000 M., kleine Halle 4 000 000 M., für jede weitere Stunde Sonnabends: große Halle 500 000 M. (über drei Stunden hinaus), kleine Halle 375 000 M., Sonntags große Halle 1 000 000 (über 6 Stunden hinaus), kleine Halle 750 000 M. Schwimmunterricht ohne Bad für Erwachsene 100 000 M., für Kinder (bis zu 14 Jahren) 30 000 M. Für Wäscheaufbewahrung monatlich 25 000 M. Leibgebühren für Badewäsche: Ein Badeanzug oder ein Badelaken 12 500 M., ein Handtuch oder eine Badehose 8000 M., Fließbad für Erwachsene einschließlich Umkleidekabine 5000 M., für Erwachsene ohne Umkleidekabine 2500 M., für Kinder ohne Umkleidekabine 500 M. — Die Badezeit für Kriegsschädigte wird auf die Dauer von 45 Minuten erweitert. Die sonstigen Bestimmungen behalten weiter Gültigkeit. Die Preisfestsetzung findet einstweilen nunmehr allwöchentlich statt.

"Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Die Tageserholungsstätte des Jugendamtes Wilmersdorf hält am Sonntag, den 5. August 1923 ab 4 Uhr nachmittags im Sportplatzbad Eichkamp des Vereins für Körperkultur ein als Abschluß gedachtes Volksfest ab. Die Kinder werden das Leben und Treiben in ihrer Erholungsstätte zeigen. Mitglieder des Vereins für Körperkultur führen sportliche Übungen vor. Volksmäßige Eintrittspreise zum Besten der Kinder.

Ein neues Personenzugpaar Berlin-Hannover. Vom 31. Juli ab verkehrt Personenzug 215 Hannover ab 10 Uhr 40 Min. abends, an Berlin, Schleifischer Bahnhof, 8 Uhr 34 Min. früh und vom 1. August Berlin, Schleifischer Bahnhof, ab 2 Uhr 35 Min. nachts und an Hannover 6 Uhr 28 Min. nachmittags regelmäßig an Werk- und Sonntagen.

Ein sowjetischer Eisdampfer salutiert den König von England. Wie sowjetisch gemeldet wird, hatte der Sowjetdampfer "Herzen", der in diesen Tagen aus Petersburg kommend mit einer Ladung Eier usw. im Londoner Hafen vor Anker ging, in der Themsemündung eine Begegnung mit der Yacht des Königs von England, an deren Bord sich die königliche Familie befand. Der Sowjetdampfer und die königliche Yacht tauchten Salut aus, wobei, wie der sowjetische Bericht ausdrücklich hervorhebt, die königliche Yacht ihre Flagge zur Begrüßung des Sowjetdampfers gesenkt habe und die Befehle der Yacht in Frontstellung den "Herzen" passieren ließ. Man sieht daraus, daß die Sowjetleute nicht nur einen "Herzen" für die Eier haben, sondern auch ein Herz für die Monarchen.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst ziemlich warm und schön, bei mäßigen südlichen bis südwestlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Gewitterneigung. Nachher Regen und etwas kühler.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Kreuzberg. Arbeitergemeinschaft der Arbeiterfreunde. Sonntag, den 5. August, früh 8 Uhr. Treffpunkt am Östlichen Bahnhof zum Abmarsch nach dem Festspielplatz im Büttnerwald. Dort großes Waldfest aller Kinder und Eltern gemeinsam mit der Abteilung Treptow. Gäste willkommen. Eintritt ist mitzubringen.
2. Kreis Wilmersdorf. Sonntag, den 4. August, gemeinsame Sitzung des rgeren Arbeiterrates mit den Abteilungsleitern, abends 7 Uhr, bei Schramm Hohensalzdamm 2. Eintritt ist Pflicht.
3. 70. Abt. Wilmersdorf. Sonntag, 4. August, abends 8 Uhr, bei Birper, Heilmühle Str. 60, Berlin-Südost, alle Funktionäre und Parteiführer.
4. 101. Abt. Treptow. Arbeitergemeinschaft der Arbeiterfreunde. Sonntag, 5. August, nachmittags 4 Uhr, Treffpunkt an der Bremer Brücke zum Abmarsch nach dem Festspielplatz im Büttnerwald. Dort großes Waldfest aller Kinder und Eltern gemeinsam mit dem 6. Kreis. Gäste willkommen. Eintritt ist mitzubringen.

## Jugendveranstaltungen.

Abend, Röhrenfabrik! Heute abend findet um 8 Uhr in der Juristischen Sprechstube der Wohnungsabteilung für den Sprechchor statt. Alle Genossen, die sich daran beteiligen, müssen unbedingt erscheinen. Genossen, die noch nicht am Sprechchor teilgenommen haben, können sich ebenfalls einfinden. Alle Abteilungen müssen vertreten sein, keine darf fehlen! Das Fahrgeld für die Sinfabrik im Bezirk von 60 000 M., und das Geld für das Essen, im Betrage von 10 000 M., ist unbedingt bis heute abend 7 Uhr im Jugendsekretariat zu zahlen.

## Sport.

Weltmeisterkämpfe des Berufsringens in der Brauerei Könnigsdorf. Am Dienstag betreten als erstes Paar Langenbach-Weiß und Krogge-Heidenreich die Matte. In diesem Entscheidungskampf konnte Langenbach über Krogge nach 1 Stunde und 2 Minuten durch Ueberwurf triumphierten. Im zweiten Entscheidungskampf siegt Hanschod-Berlin über Grotzschelke über den Schwereeren und härteren Mohan-Polen in 37 Minuten durch Schulterschlag. Derbols-Spannau wurde nach 7 Minuten von Charuhin-Sukhand durch Hüftschlage geworfen. Unentschieden kämpften Bräuner-Breslau gegen Weitzmann-Berlin. Fritz Scholz-Berlin und der Bremer Wölke kamen gleichfalls zu keinem Ergebnis. Im entscheidenden Entscheidungskampf am Mittwoch gelang es Grotzschelke nach 48 Minuten Weitzmann-Berlin durch Armzug aus dem Stand aufs Niederlage zu bringen. Der Platte Grotzschelke und Bogmann-Popern legten ein Tempo vor, daß man den Kampf weitgehend folgen konnte. Das schöne Treffen blieb als einziges des Abends unentschieden. Bräuner-Breslau warf den unglücklichen Weitzmann-Berlin in 7 Minuten durch Hüftschlag. Bogge-Oberfeld mußte nach 10 Minuten durch einen heftigen Armzug von Charuhin-Sukhand mit Rückenschläge abgeführt auf beide Schultern. Das Entscheidungstreffen Weitzmann-Berlin und Mohan-Berlin nahm einen ganz unerwarteten Ausgang. Bei einem mäßigen Schläger kam Mohan durch eigene Schuld auf beide Schultern. Ringzeit 1 Stunde und 3 Minuten.

